12 FRAGEN ZUR WAHL





Rolf Pilarski

Wir orientieren uns am Stichwort Generationengerechtigkeit. Dafür sind nachhaltige Finanzen die Grundlage. Wir müssen unsere Investitionen strukturierter managen, neue Schulden vermeiden und die Verschuldung abbauen, die eine Belastung kommender Generationen bedeutet. Vor allem sollen Personal- und Beraterkosten begrenzt Abgabenerhöhungen vermieden werden. Vermeidbare und ungeplante Ausgaben dürfen nicht kritiklos von den Räten akzeptiert werden. Für den Bau von Schulen in Uganda sind andere Institutionen zuständig, nicht die Stadt.



Beate Böhlen

Die Stadt muss Geld ausgeben, um längst fällige Sanierungen zu stemmen, denn eine unzulängliche Infrastruktur ist eine ebenso ernste Bürde für künftige Genera tionen wie hohe Schulden. Seit Jahren fordern wir, dass öffentliche Ausschreibungen unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte erfolgen sollen. Das trägt zur Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit bei. Dafür werden wir uns weiter einsetzen, ebenso für die Einrichtung eines Bürgerhaushalts, der die Bürgerinnen und Bürger einbezieht und eine höchstmögliche Transparenz des Haushalts schafft.





Bettina Morlock

Höhere Abgaben gibt es mit uns nicht. In Unternehmen muss ein Wirtschaftsplan auch eingehalten werden. Warum soll eine Kommune nicht genauso gut haushalten können wie ein Unternehmen? Die Bürger sind ohnehin schon zu stark belastet. Alle Projekte müssen auf den Prüfstand und entsprechend dem vorhandenen Budget priorisiert werden. Ferner fordern wir: Personaleinstellungsstopp und eine "Schwarze Null".





Michaela Zeyer

Die Gelder müssen differenzierter eingesetzt werden. Wir müssen in die Zukunft investieren. Die Zukunft sind unsere Kinder. Junge Familien müssen entlastet werden: gebührenfreie Kitas, kostenfreies Schulessen, Aufstockung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Schulen und die Einführung eines Sozialtickets. Niedrige Einkommen müssen entlastet, Vermögenssteuer für hohe Vermögen muss erhoben werden.





Margit Oser

Die Stadt ist solide finanziert, und wir wollen, dass dies auch so bleibt, deshalb sollte die Verwaltung in der Zukunft verstärkt einsparen, wo unnötige Gutachter- und Prozesskosten anfallen. Auch bei den Personalkosten läuft nicht alles rund, da wäre sicher Optimierungspotenzial. Sparen ist richtig und notwendig, aber nicht im Bildungs- und Sozialbereich. Ständig die Abgaben zu erhöhen, ist aber auch kein Allheilmittel. Neue Schulden, Kredite sind momentan zwar billig, müssen trotzdem zurück gezahlt werden. Im Bauamt und im Eigenbetrieb Umwelt gibt es noch einiges zu tun.



IN DEN NÄCHSTEN

JAHREN RECHNET DIE VERWALTUNG

MIT GERINGEREN STEUEREINNAHMEN

UND HÖHEREN KOSTEN. ABGABEN ERHÖHEN,

MEHR SPAREN ODER NEUE SCHULDEN MACHEN

– WIE BEKOMMT MAN DIE STÄDTISCHEN

FINANZEN IN DEN GRIFF?



CDU



Alternative



Joachim Kuhs

Der Weg aus der Verschuldung wird genauso lange dauern wie der Weg in die Verschuldung. Alle Verpflichtungen und Ausgaben sind zu überprüfen. Die Einnahmen könnten insbesondere durch mehr Gewerbeansiedlungen gesteigert werden. Die Gemeinderäte der AfD stehen bereit, die Sanierung der städtischen Finanzen konstruktiv zu begleiten.





Eva Pfistner

Das muss die Situation ergeben. Deckungslücken beim gebührenfinanzierten Haushalt im Bereich Umwelttechnik – Müllabfuhr, Abwasser, Niederschlagswasser, Deponiekosten – müssen von der Allgemeinheit ausgeglichen werden. Investitionen in die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt darunter fallen auch Sanierungen im Bestand - werden trotz eventuell geringerer Haushaltsmittel notwendig sein. Aber vielleicht kommt es nicht so schwarz, wie die traditionell vorsichtige Stadtverwaltung es sieht.

Hansjürgen Schnurr

Dank der guten Entwicklung unseres Gewerbesteueraufkommens waren viele Investitionen möglich. Dies wird bei Rückgang der Steuereinnahmen nicht mehr möglich sein. Deshalb müssen Prioritäten gesetzt und Abwägungen getroffen werden. Steuererhöhungen sind wegen der Belastungen der Wirtschaft kein Mittel. Auch Kürzungen von Leistungen für unsere Vereine wird es nicht geben. Vielmehr muss es Aufgabe sein, die Weiterentwicklung unserer Gewerbegebiete voranzutreiben, um Arbeitsplätze in der Stadt zu binden und am Steueraufkommen des Bundes zu partizipieren.

Am 26. Mai wird der neue Gemeinderat gewählt. Mit dieser zwölfteiligen Serie wollen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, in den kommenden Wochen ein Kompass für Ihre Entscheidung bei der Kommunalwahl sein. Wir wollen im Vorfeld wissen, wofür die Parteien und Gruppierungen stehen, die sich für die 40 Sitze bewerben. Die BT-Redaktion hat deshalb zwölf Fragen zu wichtigen Themen der Stadtpolitik gestellt und die Parteien/Gruppierungen darum gebeten, einen Bewerber aus ihren Reihen jeweils eine kurze, aussagekräftige Antwort auf jeweils eine Frage geben zu lassen. Antworten, die zu lang und ausschweifend ausfielen, haben wir sinnerhaltend gekürzt. Heute veröffentlichen wir den zwölften und letzten Teil der Serie.